



Deutsche Börse spendet Entgelte

Die Deutsche Börse und die auf dem Frankfurter Börsenparkett tätigen Wertpapierhandelsbanken haben die Transaktions- und Handelsentgelte, die am 6. Dezember über den Handelsplatz Börse Frankfurt eingenommen wurden, an gemeinnützige Organisationen gespendet. Die Spendenerlöse der Aktion „Trading Charity – Handeln und Helfen“ wurden am 12. Dezember im Frankfurter Börsensaal an insgesamt vier gemeinnützige Einrichtungen übergeben. Die Wertpapierhandelsbanken haben ihre Entgelte an den Frankfurter Verein zur Unterstützung psychisch kranker Kinder & Jugendlicher e.V. und Main Lichtblick e.V. gespendet. Die Deutsche Börse gab ihre Erlöse an das Kinder Palliativ Team Südhessen und den Verein Leben mit Demenz e.V. Anleger, die an diesem Tag Aktien, Anleihen, Fonds, ETFs, ETCs oder ETNs am Börsenplatz Frankfurt gehandelt haben, halfen allen Einrichtungen gleichzeitig.

Im vergangenen Jahr hatten die Deutsche Börse und die auf dem Frankfurter Parkett tätigen Spezialisten insgesamt 135000 Euro übergeben. Die Deutsche Börse spendete 75000 Euro an den Verein Hilfe für krebskranke Kinder Frankfurt e.V., die Spezialisten spendeten 60000 Euro für den Frankfurter Förderverein zur Bekämpfung von Tumorerkrankungen (FFBT) e.V.

Eurex: Ausweitung Partnerschaftsprogramm

Die Ausweitung des Eurex-Partnerschaftsprogramms auf das Repo-Segment stößt laut der zentralen Gegenpartei bei den großen Repo-Marktteilnehmern auf starkes Interesse. Bisher hätten sich 24 Teilnehmer aus den USA, Großbritannien und Kontinentaleuropa für das Partnerschaftsprogramm angemeldet. Das Programm zielt neben der Ausweitung des geclearten Repo-Geschäfts für Pensionskassen und Asset Manager insbesondere darauf ab, das Repo-Geschäft im Inter-

banken-Markt in europäischen Staatsanleihen an der Eurex auszubauen. Repos sind besicherte Geldmarktinstrumente, mittels derer Banken ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf durch die Hinterlegung von Wertpapieren decken. Der Repo-Markt ist damit ein wichtiges Element im Geldmarktzyklus zwischen Banken, Zentralbanken und Investoren.

Bisher findet der Großteil des geclearten Repo-Geschäfts in europäischen Staatsanleihen in Großbritannien statt. Eine Verlagerung von Teilen des Geschäfts zur Eurex soll die Marktteilnehmer bei der Bewältigung regulatorischer Unsicherheiten und potenzieller Anforderungen nach dem Brexit unterstützen. Außerdem könnten die Institute von der Plattform Target-2-Securities profitieren, die europaweit eine Echtzeit-Abwicklung in Zentralbankgeld ermöglicht, teilte die Eurex mit.

Wiener Börse: Börsenunwort 2018

Die Wiener Börse hat die österreichische Finanzcommunity eingeladen, jenes Unwort zu nennen, das 2018 innerhalb der Branche besonders prägend war. Das Börsenunwort des Jahres 2018 ist demnach die von US-Präsident Trump verhängten „Strafzölle“. Die angedrohten oder bereits eingeführten Strafzölle, beispielsweise bei den Konflikten der USA mit dem Iran und China, brachten das weltweite Handelsgefüge 2018 durcheinander, begründet die Wiener Börse die Entscheidung. Sie gaben auch an den Börsen den Takt vor: Unter den Aktien gab es Gewinner und Verlierer – bei den Anlegern führten sie zu Verunsicherung. Strafzölle seien ein massiver Eingriff in das System und würden die ganzen Wertschöpfungsketten durcheinander bringen, heißt es weiter. Firmen hätten keine Planungssicherheit mehr und schieben Investitionen auf die lange Bank. Auf Platz 2 der diesjährigen Umfrage wurde „Kryptomanie“ gewählt; ein Begriff, der aufregend und ausreichend kryptisch klingt. Derzeit buhlen über 2000 Kryptowährungen um die Gunst der Anleger. Gleichzeitig bemängeln viele Akteure

der Kryptobranche die nach wie vor fehlende Regulierung. Auf Platz 3 ist 2018 der Begriff „Brexit“ gelandet. In rund 100 Tagen schließt sich Großbritannien aus der Europäischen Union aus. Was dann passiert, beunruhigt viele – nicht nur, aber auch Aktionäre.

Das Börsenunwort des Jahres wird von der Wiener Börse in Anlehnung an das Österreichische Wort des Jahres ermittelt. Dieses wird seit 1999 von der Forschungsstelle Österreichisches Deutsch der Universität Graz in Zusammenarbeit mit der Austria Presseagentur erstellt. 2017 waren es die „Negativzinsen“, die von der Community als Börsenunwort des Jahres gewählt wurden.

Schweizer Börse: Notrecht

Die Schweizer Börse hofft noch bis zuletzt auf eine Verlängerung der Börsenäquivalenz durch die EU. Vor zwölf Monaten hatte die EU der Schweiz die Äquivalenzanerkennung der Börse lediglich für ein Jahr gewährt, obwohl die technischen Voraussetzungen dafür im Urteil der Aufsichtsbehörde gegeben waren. Als Grund nannte die EU die stockenden Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen zur Weiterentwicklung der bilateralen Verträge über den gegenseitigen Marktzugang.

Um dies zu verhindern, führt der Bundesrat Anfang 2019 eine neue Anerkennungspflicht für ausländische Handelsplätze ein. Damit verbietet die Regierung den Handel von Schweizer Aktien in der EU. Denn wenn diese nicht systematisch und regelmäßig in der EU gehandelt werden, fallen sie nicht unter die EU-Regulierung und es wird keine sogenannte Äquivalenzanerkennung benötigt. Damit können EU-Händler wie gewohnt in der Schweiz handeln. Ohne die Schutzmaßnahmen des Bundesrates würden zahlreiche EU-Investoren wie zum Beispiel Pensionskassen oder Versicherungen in Schwierigkeiten geraten, da sie sehr stark in Schweizer Titel investiert seien, lässt die Schweizer Börse verlauten. Im vergangenen Jahr sei die Äquivalenz erst am 21. Dezember für ein Jahr befristet verlängert worden.